

dringen, daß Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) seine Pläne fallenläßt, nur noch Kinder bis zu sechs (bisher 16) Jahren zu ihren türkischen Eltern in die Bundesrepublik ziehen zu lassen. Genscher hat denn auch mit Kanzler Helmut Kohl hinter dem Rücken der CSU eine entschärfte Regelung bereits fest vereinbart.

Überdies müßten die Deutschen Rentenansprüche türkischer Arbeitnehmer in Milliardenhöhe nach Ankara überweisen, verlangt Özal, und die Türkei bei der Einfuhr türkischer Textilien in die EG unterstützen. Auch sollten deutsche Unternehmen in der Türkei mehr investieren. All dies aber sind Forderungen, deren Erfüllung der Bonner Außenminister nicht garantieren kann.

Dafür sagte Genscher zu, sich in Brüssel stark zu machen, damit die seit 1981 vor allem von Dänen und Niederländern blockierte Türkenhilfe der EG in Höhe von 1,4 Milliarden Mark ausgezahlt wird. Die Deutschen werden ihre Finanz- und Militärhilfe über insgesamt 260 Millionen Mark fortsetzen.

Bevor Genscher nach knapp 24 Stunden das Land wieder verließ, stieß er noch einmal auf energischen Widerspruch der Türken – diesmal bei Staatschef Evren. Der erregte sich über Vorkhaltungen des deutschen Ministers zur Verletzung der Menschenrechte in türkischen Gefängnissen. Was die Medien über Folterungen berichteten, schimpfte der Ex-General, sei „übertrieben“ und von Kommunisten ins Werk gesetzt. Evren: „Foltern liegt den Türken gar nicht.“

Noch am selben Tag wurde der Staatschef durch die Nachricht dementiert, daß 450 politische Häftlinge im „Mamak“-Gefängnis von Ankara ihren vor zwei Wochen begonnenen Hungerstreik fortsetzen wollen, bis die Schläge und Folterungen aufhören.

AFFÄRE WÖRNER

Mit Verklemmungen

Akten, die Minister Wörner geheimzuhalten sucht, belegen: Die Gerüchte über General Kießlings angebliche Homosexualität stammen von der Nato in Brüssel.

Nein, beteuerte der Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart am Freitag letzter Woche vor dem Verteidigungsausschuß in Bonn, über Gerüchte wolle er nicht sprechen: „Ich bin kein Freund von Gerüchten.“

Die Einsicht ist jüngerer Datums. Denn dem General Sandrart, derzeit stellvertretender Operationschef des amerikanischen Nato-Oberbefehlshabers Bernard Rogers, konnte es erst nicht schnell genug mit der Entlassung des Generals Günter Kießling gehen.

Gleich zweimal, am 20. Oktober und am 6. Dezember 1983, sprach er mit dem



Zeuge von Sandrart
Zweimal Entlassung gefordert?

Adjutanten von Verteidigungsminister Manfred Wörner, dem Obersten Klaus Reinhardt. Der möge doch dem Minister empfehlen, Kießling nicht erst zum 31. März 1984, sondern schon zum 31. Dezember 1983 in den Ruhestand zu schicken. In der Nato glaube man nicht an eine Krankheit Kießlings.

Sandrart und alle in Nato-Stäben arbeitenden deutschen Offiziere allerdings haben von Wörner für den Verteidigungsausschuß keine Aussagegenehmigung für Dinge, die „ganz oder teilweise in der Disposition der Nato“ stehen.

Die Akten des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und der Disziplinarbehörde wurden zunächst den Abgeordneten ganz vorenthalten, dann wurden, nach einem Protest der SPD, alle Protokoll-Zeilen geschwärzt, in denen von General Rogers und den Amerikanern die Rede war.

Als der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Gerhard Jahn wieder protestierte, gab die Hardthöhe widerstrebend nach. Die Abgeordneten dürfen die Akten lesen, aber nicht verwenden. Ihr Inhalt legt die Vermutung nahe, daß die Amerikaner sehr wohl bei der Entlassung Kießlings ihre Hände im Spiel gehabt haben.

Rogers selbst hielt sich zwar in Gesprächen mit Wörner und Generalinspekteur Wolfgang Altenburg zurück, seine Mitarbeiter aber tuschelten so heftig, daß deutsche Offiziere es hören und nach Bonn melden sollten.

MAD-Chef Helmut Behrendt zum Beispiel notierte am 10. Januar 1984: „Darüber hinaus hat Dr. R. gehört, in einem Gespräch, Dr. K. betreffend, daß General Rogers geäußert haben soll: ‚Der CIA schläft nicht.‘ Von wem diese Informationen stammen, könne er jedoch nicht mehr sagen.“

Dr. R. ist der Adjutant Wörners, Klaus Reinhardt. Er hatte mit Sandrart und dem Kapitän zur See Klaus Jancke gesprochen. Reinhardt wußte genau, was sein Minister, in Beweisnot, zu diesem Zeitpunkt brauchte.

Sandrart formulierte, wie in einem Vernehmungsprotokoll vom 12. Januar zu lesen ist, etwas vorsichtiger: „Gen. Rogers hat hierüber nie etwas zu mir gesagt. Von General Sir Anthony Farrar-Hockley soll es dagegen einen Hinweis auf die Homosexualität von Dr. K. geben.“

Sandrarts Hauptzuträger Jancke, Kabinettschef von Kießling im Nato-Hauptquartier Shape, äußerte sich in einem Vermerk vom 10. Januar (AZ-23-01-24 794/83) so: Schon die Ankündigung,



Gerüchteopfer Kießling
Üble Nachrede aus Brüssel

Kießling zum stellvertretenden Nato-Oberbefehlshaber zu ernennen, habe im Hauptquartier „größtes Befremden“ ausgelöst. Die Homosexualität Kießlings sei als Gerücht bekannt gewesen: „Kapitän zur See Kraus hatte mir über Gerüchte bei Shape wegen der Homosexualität bereits Ende 1981 berichtet. Eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Gen. Rogers und Dr. K. kam nie zustande.“

Friedrich Kraus hatte als erster von Rogers' Verärgerung über Kießlings Ernennung zu seinem Vize erfahren; und Rogers hatte im Frühjahr 1982 Kießling unter Hinweis auf ein Dossier einen Homosexuellen genannt.

Der Oberstleutnant Georg Bogulawski, lange Zeit im Stab von Rogers, gab ebenfalls zu Protokoll, was der Minister dringend wünschte: Beweise für eine angeblich abartige Veranlagung.

Bogulawski: „Noch bevor K. seinen Dienst angetreten hatte, war er Gegenstand eines Gespräches zwischen Kraus, mir und Jancke (Ende September



MAD-Chef Behrendt
Der Oberverdachtschöpfer

1981). In diesem Gespräch ist über homosexuelle Neigungen von K. gesprochen worden. Kraus äußerte, daß es bei Shape Gerüchte darüber gebe.“

Vielleicht auch mehr. Der MAD-Chef und Brigadegeneral Behrendt hat sich jedenfalls laut Vermerk in einer Besprechung beim Führungstab am 2. Januar so geäußert: „Ergänzend weist BG B. darauf hin, daß Gen. Rogers, Saceur, seit längerem jeden dienstlichen Umgang mit K. vermeide.“

Acht Tage später war der MAD-Oberverdachtschöpfer Behrendt wieder fündig geworden; Kießlings Belastungsakte wurde durch die Geschichte ergänzt, er habe, zu Besuch bei Marinearzt Friedrich Albert Richarz, „unter dem Bademantel offen an seinen Genitalien“ gespielt. Behrendt: „A R. bewertete dieses Vorkommnis als sexuell abartig und möglicherweise als Versuch, seine Reaktion zu testen oder ihn zu homosexuellen Handlungen zu animieren.“

Ein anderer Behrendt-Vermerk: „In Bonn gibt/gab es die Behauptung, Gen. Dr. K. ‚penne‘ mit einem am 31. 3. 83 pensionierten Generalarzt.“

Verteidigungsminister Wörner legte diesen Tratsch den Vertrauensleuten der Fraktion am 12. Januar als Beweis dafür vor, daß er richtig und rechtens gehandelt habe, als er Kießling in Pension schickte. In den – damaligen – Worten des Generalleutnants Sandrart: „Ich halte Dr. K. für psychisch nicht stabil und für einen Mann mit Komplexen und Verklemmungen.“

MAD-Chef Behrendt, zur Zeit krank, wird in diesem Jahr als Sündenbock in den Ruhestand geschickt. Den Rogers-Freunden Sandrart und Jancke wird es besser gehen. Sandrart wird Nachfolger des Heeresinspektors Meinhard Glanz. Jancke, bisher nach Gruppe A 16 besoldet, wird auf einen B-3-Posten befördert.

RENTE

Fein gemacht

Bonn rang sich nun doch zu einem Ruhestand ab 58 durch. Das Angebot soll jene Gewerkschaften schwächen, die kürzere Wochenarbeitszeiten fordern.

Je näher die Entscheidung rückte, desto häufiger tauchten die vier Gewerkschafter im Bonner Arbeitsministerium auf.

Bauarbeiterführer Konrad Carl, Hermann Rappe von der IG Chemie, Günter Döding von der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und Berthold Keller von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nörgelten bei Norbert Blüm über den allzu „mickrigen“ Plan, Arbeitnehmer künftig mit 59 Jahren in Rente gehen zu lassen: Blüm müsse dafür sorgen, daß die Altersgrenze für Frührentner auf 58 Jahre gesenkt werde.

Wenn der Arbeitsminister keine bessere Regelung schaffe, drohten die vier, müßten sie eben für eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung kämpfen – für die 35-Stunden-Woche, wie sie vor allem die IG Metall fordert.

Die Warnung wirkte. Blüm hatte schon für die bescheidene Herabsetzung der Altersgrenze auf 59 Jahre mit dem gleichen Argument gekämpft. Wenn keine akzeptable Alternative zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit angeboten würde, bekäme im Gewerkschaftslager die IG Metall Auftrieb. Und die will notfalls für die 35-Stunden-Woche streiken. Flächendeckende Streiks aber kämen, da sich gerade ein sanfter Wirtschaftsaufschwung anbahnt, der Regierung des Helmut Kohl höchst ungelogen.

Blüm sorgte sogleich dafür, daß sich das herumsprach. Döding durfte seine Bedenken Finanzminister Gerhard Stoltenberg vortragen, bei den Unions- und FDP-Abgeordneten warb der CDU-Sozialexperte Haimo George.

Vergangene Woche hatte es Blüm geschafft. Stoltenberg wie auch Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff stimmten der Pensionierung ab 58 Jahre zu, und am Aschermittwoch lobte sich der Arbeitsminister beim Fischessen: „Das haben wir fein gemacht.“

Doch das feine Ergebnis hat seinen Preis. Unnachgiebig hatte Stoltenberg darauf beharrt, die neue Lösung dürfe auf keinen Fall mehr kosten als die zuvor im Kabinett vereinbarte 59er-Regelung. Wenn nun auch die 58jährigen in Rente gingen, müsse woanders gespart werden.

Der Finanzminister wußte auch wo: 40 Prozent der Kosten für den Vorruhestand sollte ursprünglich die Bundesanstalt für Arbeit tragen: Nun sollen es nur noch 35 Prozent sein.

Damit aber fällt die Regierungsgabe nicht üppig aus. Zwar kann der Frührentner nach wie vor auf 65 Prozent seines Bruttolohns oder rund 70 Prozent des Nettoeinkommens rechnen. Da aber die Bundesanstalt für Arbeit ihren Zuschuß um fünf Prozent senkt, muß der Arbeitgeber die Zusatzkosten tragen. Und so etwas kommt erfahrungsgemäß bei Tarif-Verhandlungen auf den Tisch – die großzügigere Vorruhestandsregelung bezahlen die Arbeitnehmer mit geringeren Lohnerhöhungen.

Bevor sich Arbeits- und Finanzminister auf die Senkung von Rentenalter und Zuschuß einigten, sicherte sich Blüm vorsichtshalber ab: Ob denn eine solche Lösung hingenommen werden könne, ließ er bei den Gewerkschafts-



Minister Stoltenberg, Blüm: Die Warnung der Gewerkschaften wirkte